

B1 Anerkennung GRÜNE JUGEND Unna

Antragsteller*in: Sarah Heinrich

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anerkennung von Basisgruppen &
Arbeitskreisen

754 Die GRÜNE JUGEND Unna stellt einen Antrag auf Anerkennung.

L1-Beschluss Kultur... gut!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

11 Kultur ist ständig im Wandel. Sie spiegelt unsere Gesellschaft und verändert sie
12 gleichermaßen. Schon aus diesem Grund und weil sie sich aus zahllosen
13 (sub)kulturellen Strömungen zusammensetzt, lehnen wir als GRÜNE JUGEND NRW den
14 Begriff einer vermeintlichen Leitkultur ab. Kultur, das ist das, was zwischen
15 Menschen, also in der Gesellschaft passiert.. Kultur ist Akteur und Resultat
16 gesellschaftlicher Strömungen. Dass Kultur progressiv, links und emanzipatorisch
17 ist, schien jahrzehntelang selbstverständlich. Im aktuellen Rechtsruck sehen wir
18 aber, dass Kultur zunehmend zum Spielball von Rechtspopulist*innen und
19 Faschist*innen wird und die Rechten Kultur gleichermaßen dazu nutzen wollen, die
20 Gesellschaft nach rechts zu rücken. Wir befinden uns sprichwörtlich in einem
21 Kulturkampf.

22 Diesen Kampf wollen und müssen wir führen. Progressive Kulturschaffendesehen wir
23 in diesem Kampf als Verbündete. Es gilt die progressive, linke Kultur zu
24 stärken, sie auszubauen, und zu verteidigen. Leider handelt die Landesregierung
25 in einem anderen Sinne. Wir begrüßen, dass sie die Kulturmittel deutlich erhöht
26 hat, aber eine Erhöhung im Gießkannenprinzip halten wir für falsch. Die
27 Kulturschaffenden befinden sich in der schwierigen Lage, in einer aufgeheizten
28 Stimmung ihre Kulturarbeit auszuüben. Progressive Kulturprojekte sind damit auch
29 in der Gefahr, weniger Publikum zu generieren. Solange die Kultur aber im
30 neoliberalen System arbeiten muss, ergibt sich ein Widerspruch zwischen
31 künstlerischen Anspruch und wirtschaftlichem Erfolgsdruck. Diesen Widerspruch
32 muss die Landesregierung auflösen. Kultur muss so gut ausgestattet sein, dass
33 Künste das Risiko eingehen können, wirtschaftlich nicht erfolgreich sein zu
34 müssen. Und weiter noch: Die Kulturszene darf nicht, wenn sie durch das Land
35 gefördert wird, in ihrem freien Schaffen und Thematisieren von
36 gesellschaftlichen Missständen eingegrenzt oder überwacht werden. Inhalte und
37 Themen müssen von Fördermitteln losgelöst sein dürfen.

38 In aufgeheizten Gesellschaftsphasen muss die Kultur daher grundsätzlich deutlich
39 mehr Unterstützung bekommen. Dafür reicht die Mittelerhöhung der Landesregierung
40 allerdings nicht aus.

41 Gleichzeitig ist es vor allem die progressive Kultur, die unter dem Rechtsruck

42 leidet und angefeindet wird. In Berlin sehen wir, dass AfD & Co. die progressive
43 Berliner Clubkultur als Feind entdeckt hat und strukturell versucht, dieser das
44 (Über)Leben schwer zu machen. Die Landesregierung muss die progressive Kultur
45 mehr stärken, statt nur die repräsentative Kultur zu fördern. Es braucht einen
46 echten Kulturförderplan, der nicht nur an Eintrittszahlen gemessen wird, sondern
47 auch Ausrichtung und Qualität in den Fokus nimmt. Wir fordern ebenso
48 Rechtsschutzprogramme für Kulturschaffende, um sich gegen diesen rechten Hass
49 auch wehren zu können.

50 **Hochkultur – lehnen wir doppelt ab!**

51 Viele Kulturpolitische Debatten sind geprägt von einem Gegeneinander der
52 sogenannten „Hochkultur“ zu der „freien Kultur“. Diese Begriffe lehnen wir ab.
53 Kultur sollte immer frei sein. Wenn das nicht der Fall ist, können wir
54 grundsätzlich nicht von Kultur sprechen. Wenn von „Hochkultur“ gesprochen wird,
55 werden damit meist staatliche Kulturhäuser – wie beispielsweise städtische
56 Theater – angesprochen. Eine sprachliche Hierarchie von Kultur halten wir für
57 falsch. Vielmehr wollen wir progressive Kultur inhaltlich begründen und nicht
58 über die Fassade. Richtig ist aber, dass Kultur oftmals zu einer geschlossenen
59 Veranstaltung von Privilegierten wird. Diese Bewegung schadet der Kultur immens,
60 denn hierbei steht nicht der Inhalt der Kultur im Mittelpunkt, sondern die
61 Repräsentation von Privilegierten getreu dem Motto: "Sehen und gesehen werden".
62 Diese repräsentative Kultur lehnen wir ab. Um den Kulturschaffenden zu
63 ermöglichen, auf diese repräsentative Kultur zu verzichten, müssen wir ihnen
64 aber auch die wirtschaftliche Freiheit dafür geben – sprich den Kulturetats
65 deutlich erhöhen!

66 Wenn Kultur immer frei sein soll, heißt das, dass alle Menschen Zugang zu
67 jeglicher Art von Kultur bekommen müssen. Die Zugänglichkeit zu allen Formen der
68 Kultur geht von baulichen Voraussetzungen, über kostenlose Zugänge und Eintritte
69 bishin zur Verständlichkeit höchst anspruchsvoller Formate.

70 Die strukturell „freie Szene“, also jene, die nicht an staatlichen Häusern
71 arbeitet, wollen wir deutlich stärken. Zu viele „freie“ Kulturschaffenden
72 schaffen es nur, ihre Kultur zu leben, in dem sie sich selbst ausbeuten. Wir
73 begrüßen, dass die Landesregierung die Mittel der freien Szene um 50% erhöht
74 hat. In keinem anderen Bundesland wird die Kultur so deutlich wie in NRW von den
75 Kommunen getragen. Die Landesregierung hat als Bedingung für eine erhöhte
76 Förderung seitens des Landes formuliert, dass Kommunen die Finanzierung von
77 Kultur nicht zurückfahren dürfen. Diese Systematik löst nicht den deutlich zu
78 hohen Kommunalisierungsgrad von Kulturausgaben in NRW. Wir fordern daher
79 vielmehr, dass das Land seine Beteiligung an Zielausgaben der Kommunen richtet.
80 Damit wollen wir ebenfalls erreichen, dass Kultur nicht mehr als "freiwillige
81 Leistung" so oft auf sogenannten Giftlisten von Kämmereien steht. Wir setzen uns
82 dafür ein, dass Kommunen pro 10.000 Einwohner*innen eine Millionen Euro in
83

84 Kultur investieren müssen, um die volle Landesunterstützung für Kultur zu
85 erreichen. Konsequenterweise stellen wir uns gegen die Aushöhlung, was als
"akzeptierte" Kunst gilt und was aussortiert werden soll.

86 Wir verstehen die Kulturszene als Verbündete, um dem stärker werdenden
87 Rechtsruck ganz klar entgegen zu treten. Kultur muss Raum zum freien und
88 kritischen Denken bieten. Besonders in freien Räumen, in denen Menschen
89 gemeinsam kreativ sind, Raum zum Ausprobieren haben und Kollektive bilden,
90 entstehen neue Visionen und Utopien. Nicht selten ist es die Kulturszene, die
91 gesellschaftliche Misstände aufdeckt oder unkonventionelle Antworten,
92 beziehungsweise Lösungswege, findet. Leider bleiben manche Ansätze oft ungehört
93 und laufen parallel zum politischen Geschäft als Freizeitbeschäftigung. Wir
94 fordern, dass die Kultur als zentraler Ort von gesellschaftlicher Debatte und
95 Auseinandersetzung mit Misständen ernst genommen wird und wollen, dass die
96 Landesregierung deshalb den Kommunen mehr Räume zur Verfügung stellt. Ein
97 Austausch von Politiker*innen und der Kulturszene halten wir für längst
98 überfällig, statt sich dieser zu Verschließen.

99 **Eine Kultur für alle von allen**

100 Kultur muss für jede*n offen stehen. Leider ist das nicht der Fall, denn Kultur
101 zu konsumieren ist teuer. Wir fordern daher Schritte zu unternehmen, damit alle
102 Menschen Kultur konsumieren können. Wir wollen Schüler*innen ermöglichen,
103 kostenfrei in Theater und Oper zu gehen. Den finanziellen Ausfall soll das Land
104 NRW den jeweiligen Kulturhäusern ausgleichen, da wir in diesem Punkt eine
105 sozial- bzw. bildungspolitische Notwendigkeit sehen und wir die Kommunen damit
106 nicht alleine lassen können. In Museen sprechen wir uns grundsätzlich für einen
107 kostenfreien Eintritt aus. Auch fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung
108 öffentlicher Bibliotheken und Büchereien, die einen niedrigschwelligen Zugang zu
109 Kultur und Bildung bieten. Besonders die "freie" und progressive Kultur spielt
110 für junge Menschen in der heutigen institutionalisierten Gesellschaft eine große
111 Rolle. Es muss genügend Raum und Aktion gefördert werden, in der sich junge
112 Menschen ausprobieren können und anders denken dürfen, als es die Gesellschaft
113 vorlebt. Daher müssen Kulturangebote an Wochenenden deutlich mehr gestützt
114 werden. Wir fordern weitergehend, dass die Kulturszene als freie Schaffende
115 stärker mit Schulen und Jugendeinrichtungen zusammenarbeiten kann und diese
116 Arbeit finanziell stärker durch das Land unterstützt wird.

117 Eine Kultur für alle muss aber auch von allen gestaltet werden können. Die
118 Zugänge zum Arbeitsmarkt Kultur sind meist jedoch nur durch finanzielle (Selbst-
119)ausbeutung möglich. Unbezahlte Praktika im Kulturbereich verstärken nur die
120 Zweiklassengesellschaft, die mithilfe von Kultur aufgebrochen werden sollte. Wir
121 fordern daher eine faire Vergütung von Praktikant*innen im Kulturbereich.

122 Wir müssen alte Muster aufbrechen und zeigen, dass der Arbeitsmarkt "Kultur"

123 nicht nur für Privilegierte zugänglich ist. Und dass der Arbeitsmarkt nicht mehr
124 nur weißen alten Männern gehören darf. Wenn auf der Bühne gesellschaftliche
125 Missstände aufgezeigt werden, dürfen diese nicht hinter den Kulissen praktiziert
126 werden. Es braucht eine Öffnung des Arbeitsmarktes auch für Menschen, welche in
127 kulturellen Bereichen keine primäre Ausbildung durchlaufen haben.

128
129 Vor zwanzig Jahren wäre es wohl kaum vorstellbar gewesen, Videospiele könnten
130 einmal komplexe und sogar gesellschaftskritische Kunstwerke werden, oder dass
131 progressive soziale Bewegungen sich in erster Linie digital abspielen könnten;
132 dass sich Menschen verbünden könnten, die zuvor kaum die Möglichkeit dazu gehabt
133 hätten. Kultur spiegelt unsere Gesellschaft und verändert sie gleichermaßen.
134 Kulturpolitik ist damit ein zentraler gesellschaftlicher Politikbereich.
135 Es gilt entsprechend, dafür Sorge zu tragen, dass die Voraussetzungen für die
136 Inanspruchnahme von Fördermitteln sich den veränderten gesellschaftlichen
137 Bedingungen, in denen Kultur existiert, anpassen und dass Kulturschaffende sich
138 nicht im Gegenzug diesen anpassen müssen. Wenn kleine Entwicklungsstudios für
139 Videospiele Fördermittel gar nicht erst in Anspruch nehmen können, weil sie die
140 veralteten Voraussetzungen nicht erfüllen können, ist das kein politisch
141 tragbarer Zustand.

142 **„Me too“ - auch Kultur muss Verantwortung übernehmen**

143 Die Kultur betrachtet und thematisiert zwar alles um sie herum; Sie muss sich
144 aber auch selbst reflektieren und Verantwortung übernehmen. Kultur muss eine
145 „Arschlochfreie-Zone“ sein, um den Raum für Kreativität und Kritik zu eröffnen,
146 der für Kunst notwendiger Bestandteil ist. Kulturschaffende, die Untergebene und
147 insbesondere Frauen sexuell belästigen, ihre Macht missbrauchen oder Menschen
148 diskriminieren, dürfen dafür keinen Freifahrtschein erhalten, weil es als Ausdruck
149 ihres kreativen Geistes verharmlost wird.

150 Die "Me too"-Bewegung muss auch genau als solche, als eine Bewegung, verstanden
151 werden. Und nicht als ein einmaliger Aufruf. Wir befinden uns mehr denn je in
152 einem Prozess, der Frauen und ihre (Re-)Präsentation in der Kultur sichtbar
153 machen muss. Kultur darf in diesem Kontext nicht der Verursacher von
154 Benachteiligung, Diskreditierung und Missbrauch von Frauen und ihren Rechten
155 sein. Kultur muss fortan in jedem Bereich als ein Werkzeug verstanden werden, um
156 auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Ein erster Schritt ist es
157 beispielsweise eine FIT-Quote in staatlich geförderten Kultureinrichtungen
158 einzuführen, um progressiver als die Frauenquote in anderen Bereichen, ein
159 deutliches Zeichen der Diversität der Kultur zu gehen. Darüberhinaus sollen bei
160 der Vergabe von Straßen-, Platz- und Gebäudenamen historische FIT* Personen
161 berücksichtigt werden.

162 **Kultur schaut zurück und geht nach vorne!**

163 Erinnerungskultur ist in Deutschland ein wichtiger Baustein für eine
164 demokratische und zivilisierte Gesellschaft. Die selbstkritische Beschäftigung
165 mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den Opfern von Verfolgung und
166 systematischer Ermordung ist in Zeiten, in denen Abgeordnete in deutschen
167 Parlamenten die NS-Geschichte einen „Vogelschiss“ nennen oder eine
168 "erinnerungspolitische Wende um 180 Grad" fordern unverzichtbar und muss
169 ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass jede*r Schüler*in in der
170 Schulzeit eine in den Geschichtsunterricht eingebettete Gedenkstättenfahrt zu
171 einem Schauplatz der NS-Verbrechen unternehmen sollte. Erinnerungskultur kann
172 Geschichtsunterricht und Demokratiebildung nicht ersetzen und sollte auch nicht
173 ausschließlich in diesem Fokus gesehen werden. Erinnerungskultur schaut zwar in
174 die Vergangenheit, führt aber zwangsläufig zu Forderungen an die Zukunft. Die
175 Shoah mahnt uns: Aus "Nie Wieder" folgt für uns nicht nur der Kampf gegen jede
176 Form von Antisemitismus und faschistischem Vernichtungswahn, sondern auch der
177 Kampf für eine demokratische und offene Gesellschaft für alle Menschen.

178 Kultur ist immer im Wandel und der formulierte Drang nach Wandel. Kultur hat
179 damit automatisch eine Ideologie. Wir unterstützen die Kultur die nach vorne
180 drängt und nicht rückwärtsgewandt ist!

181 **"Kulturräume - Nazifreie Zone"**

182 Wir fordern einen konsequenteren Umgang mit Rechtsrockkonzerten und -festivals.
183 Diese oft auch kommerziell erfolgreichen Vernetzungstreffen gewaltbereiter und
184 krimineller rechter Strukturen sollten verboten und verhindert werden.

185 Kulturräume sind Orte der freien und gleichberechtigten Entfaltung für
186 Kulturschaffende wie Kulturkonsumierende. Im Optimalfall ermöglichen sie den
187 Menschen beides zugleich zu sein. Dies ist aber unvereinbar damit, wenn ein
188 Kulturraum gleichzeitig als Laufsteg und/oder Flaniermeile für Faschist*innen
189 und andere Menschenfeinde dient. Man kann nicht morgens bei der Zeitungslektüre
190 den gesellschaftlichen Rechtsruck beklagen und abends gemeinsam mit Nazis in
191 Nadelstreifen eine Theaterpremiere besuchen. Bekämpfung des Rechtsrucks findet
192 nicht nur im politisch-medialen, sondern auch im gesellschaftlich-kulturellen
193 Diskurs statt. So wie bereits jetzt die alternative Kulturszene auf den
194 expliziten Ausschluss jeglicher Art der Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit
195 und rechten Denkweisen hinweist, fordern wir, dass sich auch staatliche
196 Kulturhäuser deutlich und explizit von diesen Menschen distanzieren, um ihnen
197 keine Bühne in dieser Szene zu geben.

198 **Keine Bühne für Menschenfeindlichkeit**

199 Vom stumpfen Nationalismus von Frei.Wild bis zum Antisemitismus und der
200 Misogynie von Rappern wie Kollegah und Farid Bang, wir stellen uns gegen jede
201 Art von Menschenfeindlichkeit und regressiven Ideologien in der Popkultur.

202 Kunstfreiheit ist für uns der Schutz der freien Entfaltung von Künstler*innen
203 vor staatlicher Willkür und Zensur und nicht der Deckmantel menschenfeindliche
204 und regressive Einstellungen über den Umweg der Popkultur zu normalisieren. Aber
205 Menschenfeindlichkeit in Werk und Inszenierung ist nicht nur ein Problem der
206 Popkultur, sondern auch in der bürgerlichen "Repräsentationskultur". Blackfacing
207 von Schauspieler*innen auf Theater- und Opernbühnen lehnen wir als rassistische
208 Praxis ab, insbesondere wenn People of Color oft keine Bühne im klassischen
209 Kulturbetrieb geboten wird. Auch fordern wir einen kritischen Umgang mit
210 menschenfeindlichen Inhalten klassischer Kulturgüter, wie zum Beispiel dem
211 Antiziganismus in Verdis Opern.

212 **Vielfalt statt Volksgemeinschaft - Kulturkampf in die Offensive bringen**

213 Doch unser Kulturkampf kann kein rein defensiver sein, einsteigen für eine
214 progressive Kultur kann nicht nur der Abwehrkampf gegen diejenigen sein, die sich
215 Welt und Gesellschaft wieder so wünschen wie sie in der Vergangenheit schon nie
216 war. Wir müssen laut für eine vielfältige und bunte Kulturlandschaft streiten.
217 Es kann nicht nur darum gehen, gegen die Diskriminierung von People of
218 Color, LGTBIQ, Menschen muslimischen oder jüdischen Glaubens, Menschen mit
219 Behinderungen und aller anderen Menschen, die nicht in das Bild der Rechten, wer
220 in unserer Gesellschaft richtig und wichtig ist, zu kämpfen, sondern mit ihnen
221 auch für die Sichtbarkeit zu kämpfen, die ihnen im Kulturbetrieb zusteht. Zu
222 einer progressiven und weltoffenen Kultur gehört auch Moscheen nicht in die
223 Gewerbegebiete abzuschieben, sondern ihnen, wie Kirchen, einen Platz in der
224 Mitte unserer Städte zu geben. Wir wollen vielfältigere Geschichten in Film und
225 Fernsehen sehen oder in der Literatur lesen als den heteronormativen Klassiker
226 "Junge trifft Mädchen" oder die immergleichen männlichen Heldengeschichten. Wir
227 wollen LGTBIQ-Charaktere mit derselben Selbstverständlichkeit sehen wie
228 heterosexuelle cisgender Charaktere. Wir blicken nach vorne und wollen eine
229 Kultur des 21. Jahrhunderts und nicht nur den Backlash zurück in die 50er, wie
230 Rechtskonservative ihn wollen, oder in die 30er, wie Fachist*innen ihn
231 wollen, verhindern.

T1 Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.07.2018

Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt
- 3 TOP 3 Wahlen
- 4 • 3.1. Nachwahl Sprecherin
- 5 • 3.2. Nachwahl Schatzmeisterin
- 6 TOP 4 Satzungsänderungsanträge
- 7 TOP 5 Finanzen
- 8 TOP 6 Verschiedene Anträge
- 9 TOP 7 Anerkennung von Basisgruppen & Arbeitskreisen
- 10 TOP 8 Verschiedenes

V1-Beschluss Verkehrswende für die Luftfahrt konkretisieren

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

243 Im Zuge der Forderungen nach einer erfolgreichen und ökologischen Verkehrswende
244 setzt sich die Grüne Jugend NRW für ein neues Gesamtkonzept für den Flugverkehr
245 in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und der Europäischen Union ein. Ziel unseres
246 Verbandes ist es eine gesamtgesellschaftliche Debatte über den Beitrag des
247 Flugverkehrs zur Klimaerwärmung anzustoßen und diesen wichtigen Faktor aus dem
248 Schattendasein des Diskurses herauszuholen. Wir müssen uns kontrovers mit der
249 Frage auseinandersetzen wie wir negative Auswirkungen von Personen- und
250 Transportflugverkehr minimieren können.

251 Umweltschädliches Verhalten darf nicht weiter subventioniert werden. Die
252 steuerliche Bevorzugung im Flugverkehr beläuft sich allein in Deutschland auf
253 mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Die ungerechten Steuerprivilegien gehören als
254 Teil einer ökologischen Finanzreform abgeschafft. Nach jahrzehntelangen
255 bundespolitischen Vorstößen zur **Erhebung einer Kerosinsteuer** soll diese nun
256 endlich eingeführt und sich zusätzlich für eine Regelung auf europäischer Ebene
257 eingesetzt werden. Eine bundesweite Regelung soll sich am Beispiel der
258 Niederlande orientieren und nicht nur dann eingeführt werden, wenn es ebenso
259 eine europäische Regelung geben wird. Die Landesregierung NRW soll dazu
260 Vorschläge im Bundesrat initiieren oder unterstützen.

261 Weltweit beschloss allein die EU den Flugverkehr in den Emissionsrechtehandel
262 miteinzubeziehen. Allerdings wurden außereuropäische Fluggesellschaften nicht
263 verpflichtet daran teilzunehmen, weil diese damit drohten den europäischen
264 Luftraum zu boykottieren. Die Grüne Jugend NRW findet, dass dies nicht mehr
265 hinnehmbar ist, eine Revision dringend geboten ist und es ein **effizientes CO₂-**
266 **Zertifikate-System für den gesamten Europäischen Luftraum** geben muss. Die Höhe
267 der Preise für die Zertifikate soll sich an den Klimafolgeschäden orientieren.
268 Des Weiteren setzt sich die Grüne Jugend NRW für eine Klimaabgabe für
269 Fluggesellschaften ein, um einen Beitrag für nachhaltige Mobilität zu leisten.
270 Diese könnten beispielsweise in einen Kompensations-Fond eingezahlt werden.
271 Daneben wird es ebenso zentral sein Projekte zur **CO₂-Kompensation** zu
272 intensivieren und klimaschädliche Emissionen auszugleichen.

273 Das Pariser Klimaabkommen hat den Flugverkehr ausgenommen. Die Grüne Jugend NRW

274 findet dies skandalös und fordert ein **internationales Klimaabkommen für die**
275 **Luftfahrt.**

276 Die Welthandelsorganisation (WTO) hat die EU-Subventionen an Airbus als illegal
277 eingestuft. Dabei geht es um Wettbewerbsverzerrungen durch Förderungen von
278 nationalen Regierungen und EU-Zuwendungen, welche dadurch Produktionskosten und
279 Marktpreise künstlich reduzieren. Solch ein Urteil sollte nicht wieder zustande
280 kommen können. Die Grüne Jugend NRW spricht sich daher entschieden **gegen**
281 **Anschubfinanzierungen und Kostenübernahmen für den konventionellen Flugverkehr**
282 **aus.**

283 Ebenso werden überflüssige Regionalflughäfen durch Millionensubventionen
284 künstlich am Leben gehalten, welche teilweise auch die kommunalen Haushalte
285 unnötig stark belasten. Die Grüne Jugend NRW fordert daher eine nachhaltige
286 Bedarfsplanung für das Flughafennetz, welche Überkapazitäten, Lärm- und
287 Klimaschutz aber auch Entwicklungspotenziale und mögliche Synergie- und
288 Einsparungsmöglichkeiten in multimodalen Transport- und Logistikzentren
289 konsequent berücksichtigt. Bis dahin fordert die Grüne Jugend NRW einen **Stopp**
290 **des Ausbaus von Flughäfen** in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik
291 Deutschland.

292 Im Kontext des Personenverkehrs fordert die Grüne Jugend NRW demgegenüber ein
293 **modernes und hochfrequentiertes Nachtzugnetz für ganz Europa**, um Reisenden eine
294 nachhaltige Alternative zum Fliegen innerhalb Europas zu ermöglichen.
295 Schnellbahn- und Regionalbahnstrecken müssen grenzüberschreitend besser vernetzt
296 und ausgebaut sein. Gerade für Nordrhein-Westfalen soll dabei auf eine weiter
297 verbesserte Anbindung an die Benelux-Staaten und Frankreich geachtet werden.

298 Die Grüne Jugend NRW begrüßt die verschiedenen ökologisch ausgerichteten
299 Forschungszweige im Luft- und Raumfahrtbereich und fordert mehr staatliche
300 Zuwendungen für diesen Sektor. Beispielhaft sind die Forschungen zu rein
301 biologischem Algen-Kerosin und den Versuchen durch Hybridflugzeuge den
302 Treibstoffverbrauch um weitere 20 bis 40 Prozent zu reduzieren. Die Grüne Jugend
303 NRW fordert, dass nur Projekte mit **nachhaltigen Forschungsansätzen** gefördert
304 werden. Als Vorbild sehen wir unter anderem Norwegen, welches nach dem
305 ökologischen Umdenken bei Autos, Fähren und Frachtschiffen nun angekündigt hat
306 auch auf elektrisches Fliegen bis 2040 umstellen zu wollen. Eine vollständige
307 Elektrifizierung für urbane Ultrakurz-, sowie altbekannte Kurz- und
308 Mittelstreckenflüge ist dabei die oberste Priorität für die Grüne Jugend NRW.
309 Ohne Elektro-Antriebe wird es nicht gelingen, die CO₂-Belastung in einem
310 ausreichenden Maße zu verringern. Eine **komplett-elektrisch betriebene**
311 **Flugzeugflotte** ist wünschenswert, aber gerade bei Langstreckenflügen nur mit
312 sehr großen Anstrengungen vorstellbar. Realistisch ist es zunächst bei Kurz- und
313 Mittelstrecken die Flugzeuge schrittweise auszutauschen und die Erneuerung der
314 Flotte, welche in Europa mehrere zehntausend Maschinen umfasst, als eine
315

316 Generationenaufgabe zu verstehen. Dabei gilt es zunächst regionale
317 Flugverbindungen umzustellen und bei der urbanen Flugmobilität der Zukunft schon
318 zu Beginn auf eine vollständige Elektrifizierung zu setzen. Als Beispiel mit
319 Vorbildcharakter denken wir an elektrifizierte Lufttaxis von welchen erste
320 Modelle bereits für den deutschen Flugraum zugelassen sind. In der
321 längerfristigen Perspektive spricht sich die Grüne Jugend NRW für multi-modulare
322 Konzepte aus und befürwortet die Zusammenlegung von Bahnhöfen und weitgehend
323 klimaneutralen Flughäfen als Drehkreuze, welche beispielsweise über
Kapselmodelle den Schienen- und Flugverkehr kombinieren können.

324 Der Flugverkehr wie er heute technisch realisiert wird ist nicht zukunftsfähig
325 und gefährdet das Leben auf der Erde. Ob es in der Zukunft vollständig
326 klimaneutralen Flugverkehr geben wird ist trotz zahlreicher Fortschritte und
327 Pilotprojekte völlig offen. Das Risiko für das Leben auf der Erde ist zu hoch um
328 allein auf technologischen Fortschritt zu hoffen. Daher bedarf es eines
329 **kulturellen Umdenkens** in unserer Art und Weise zu reisen. Die Grüne Jugend NRW
330 setzt sich daher für einen Bewusstseinswandel ein. Flugreisen ans andere Ende
331 der Welt sind mit dem heutigen Stand der Technik nicht möglich ohne diese zu
332 zerstören. Überall wo es möglich ist sollte es unser gesamtgesellschaftliches
333 Ziel sein klimaschädlichen Flugverkehr zu vermeiden.

Begründung

Internationale Flüge gehören zum Lebensstil eines bedeutenden Teiles unserer Gesellschaft. Im Jahr 2017 verzeichnet das Statistische Bundesamt 117,6 Millionen Passagiere in Flügen, welche von deutschen Flughäfen starteten. Das jährliche Wachstum von +5,1 % hat sich nochmals gesteigert (Vorjahr: +3,4 %), während das interkontinentale Flugaufkommen mit 20,6 Millionen Passagieren eine Wachstumsrate von 8,4 % (Vorjahr: +0,5 %) vorweisen kann. Mit diesen Flügen geht ein immenser klimarelevanter Ausstoß von Treibhausgasen einher. Diese sind hauptsächlich Wasserdampf, Kohlendioxid und Stickoxiden. Doch in großen Flughöhen weisen diese Gase ein deutlich höheres Treibhauspotential auf. So verursacht ein Flug von Deutschland auf die Malediven und zurück pro Person einen klimarelevanten Beitrag von über fünf Tonnen CO₂-Äquivalent. Allein diese Flugreise übersteigt das klimaverträgliche Jahresbudget eines Menschen, welches bei einem klimarelevanten Beitrag von 2,3 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr liegt.

Hybridelektrische Flugzeuge werden Prognosen zu Folge voraussichtlich ab 2050 den Markt dominieren. Aufgrund des stetigen technologischen Fortschritts und einer höheren Auslastung modernerer Modelle ist der Spritverbrauch und deren Treibhausgasemissionen pro Passagier heute um rund ein Drittel im Vergleich zum Jahr 2000 gesunken. Parallel hat sich allerdings die Zahl der Flugkilometer im gleichen Zeitraum fast verdoppelt und insgesamt haben die Emissionen des Luftverkehrs deshalb deutlich zugenommen. Dieser Rebound-Effekt ist auch bei Hybridflugzeugen zu erwarten.

Immer mehr Prognosen sprechen von einem bevorstehenden oder drohenden Kollaps in der Luftfahrt. Dies begründet sich in fehlgeleiteten und rückwärtsgewandten Subventionen, Ausnahmeregelungen und zunehmenden Flugraten. Der Rückgang der diesen Prozess begünstigenden vergleichsweise billigen Preise beruht dabei auf geringeren Kosten für Herstellung und Wartung der Flugzeuge, der Liberalisierung des

Luftverkehrs seit den 80er Jahren, dem Aufkommen von Billigfluglinien und dem sogenannten Fliegen zu Taxi-Tarifen, dem Anstieg der Kaufkraft durch allgemeines Wirtschaftswachstum, einen anwachsenden Massentourismus der Mittelschicht (besonders im asiatisch-pazifischen Raum) und der Nichteinberechnung von externen Effekten in die Flugpreise.

Die negativen Auswirkungen des Flugverkehrs auf unser Ökosystem steigen rasant an und bedürfen daher einer schnellen und umfassenden politischen und gesellschaftlichen Steuerung, um die Klimaziele nicht zu verfehlen und überholte Strukturen nicht weiter zu verfestigen.

V2-Ausgearbeitet Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte von Nachhaltigkeit schweigen!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

334 Alle sind für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und mehr Zeit für Wichtiges.
335 Entsprechende Initiativen, die daran was verbessern wollen kommen jedoch an
336 scheinbar unüberwindbare Grenzen. Das liegt an einem Wirtschaftssystem, das nur
337 funktioniert, wenn alles dem Wachstum, der Arbeit und dem Profit unterworfen
338 ist. Diese Logik steht der Realisierung einer ökologisch, ökonomisch und sozial
339 nachhaltigen Gesellschaft im Weg. Aus einer grün-linken Perspektive sollte
340 demnach kein Zweifel daran bestehen, dass die Forderung nach Nachhaltigkeit mit
341 einer Kapitalismuskritik einhergehen sollte. Auch wenn Reformen eine
342 aufschiebende Wirkung haben, können sie jedoch langfristig die Ursachen nicht
343 beseitigen. Daher fordern wir den Fokus mehr auf die Überwindung des
344 Kapitalismus zu legen.

345 Das Problem liegt beim Wirtschaftswachstum

346 Ein wesentliches Merkmal, welches das gegenwertige Wirtschaftssystem bestimmt,
347 ist der selbstauferlegte Zwang zum Wachstum. Gemeint ist nicht das Wachstum von
348 Wohlstand oder Qualität der Lebensbedingungen und produzierten Güter, sondern
349 die in Geld gemessene Wirtschaftsleistung (BIP). Schon 1972 kommt der Club of
350 Rome zu dem Schluss, dass das Wachstum an die Grenzen kommen wird. Jede
351 Warenproduktion verbraucht Stoffe und Energie und deshalb bedeutet eine
352 steigende Wirtschaftsleistung zwangsläufig auch einen wachsenden
353 Ressourcenverbrauch. Jedoch ist unendliches Wachstum auf einem Planeten mit
354 endlichen Rohstoffen nicht möglich. Die Ressourcen werden knapper. Zudem ist das
355 marktwirtschaftliche Wachstum auch verantwortlich für den wachsenden
356 Schadstoffausstoß und die ansteigende Abfallproduktion und damit auch für den
357 Klimawandel und die Verschmutzung der Meere etc.

358 Konzepte wie „grünes Wachstum“ und „Green New Deal“ wollen die Gegensätze
359 zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum aufheben. Der Rohstoffverbrauch
360 soll vom Wachstum entkoppelt werden. Ein umweltverträgliches nachhaltiges
361 Wachstum soll mithilfe von Umwelttechnologien verwirklicht werden. Ein Ansatz
362 dafür ist die Steigerung der Energie- und Rohstoffeffizienz. Der gleiche Output
363 an Gütern soll mit immer weniger Input an Energie und Rohstoffen erfolgen.

364 Allerdings verlieren die Einsparungseffekte ihren Nutzen, wenn die durch die
365 Ressourceneinsparung freiwerdenden Investitionsmittel die Gesamtproduktion weiter
366 ansteigen lassen. Dies nennt sich "Rebound-Effekt". Die Ressourceneinsparungen
367 in der konventionellen Autoproduktion z.B. bringen wenig, wenn immer mehr Autos
368 produziert werden, welche mit veralteten Brennstoffzellen betrieben werden.
369 Durch die Ausdehnung der Produktion, wird der positive Umwelteffekt deutlich
370 reduziert, oder es wird in einem anderen Produktionsbereich mit niedriger
371 Ressourceneffizienz investiert, was die Umwelt noch mehr belastet. Ein weiterer
372 Ansatz ist die Substitution. Dabei geht es in der Regel darum, Energieträger
373 durch solche zu ersetzen, die eine geringere Umweltbelastung, höhere Effizienz
374 oder niedrigere Kosten, haben. Allerdings kann diese Strategie zu kurz greifen.
375 Sie reduziert zwar Umweltbelastungen, allerdings stößt sie an ihre Grenzen,
376 solange die Energieträger nicht erneuerbar, nachhaltig und unerschöpflich
377 verfügbar sind.

378 Ein weiterer Ansatz ist Internalisierung externer Kosten, wie die Ökosteuer. Der
379 Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen soll besteuert werden, sodass
380 ökonomische Anreize für umweltschonende Aktivitäten gesetzt werden. Jedoch führt
381 dies zu einem unlösbaren Dilemma. Entweder ist es ökologisch erfolgreich und ein
382 Finanzierungsproblem, oder umgekehrt. Wenn der Rohstoffverbrauch sinkt, dann
383 sinken auch die Steuereinnahmen. Wenn es Steuereinnahmen gibt, dann hat sich für
384 die Umwelt nichts verbessert. Zudem besteht die Gefahr, dass energieintensive
385 Branchen abwandern, was zu Arbeitsplatzverluste und damit zu verschärften
386 Krisentendenzen führt. Außerdem trifft die Ökosteuer vor allem
387 einkommensschwache Haushalte.

388 Es ist absurd, dass das Wachstumsparadigma als Lösung statt als Ursache für
389 soziale und ökologische Probleme betrachtet wird. Es wird versucht mit denselben
390 Methoden die zerstörerischen Folgen des Kapitalismus zu beseitigen, mit denen
391 sie erst hervorgebracht wurden. Das oberste Ziel ist weiterhin die
392 Wettbewerbsfähigkeit sicher zu stellen. Der darin eingebaute Zwang zur
393 Konkurrenz um die beste Kapitalverwertung bei gleichzeitig unendlichem Wachstum
394 wird nicht hinterfragt. Ökologisch wäre es stattdessen die Produktion in einigen
395 Bereichen einzustellen (Verpackung, Automobilindustrie etc.). Solange das
396 Verbrauchsniveau nicht gesenkt wird, werden alle Bemühungen scheitern.

397 **Kapitalismus kann nicht ohne Wachstum**

398 Wenn man Wachstum als Problem erkennt, dann kommt man vielleicht zu der
399 Schlussfolgerung, dass das Wachstum einfach gestoppt werden sollte.
400 Vertreter*innen der Postwachstumsbewegung, wie Niko Paech, wollen einen
401 Kapitalismus ohne Wachstum. Es soll eine Regionalwährung geben damit auf lokaler
402 Ebene gehandelt wird. Dazu soll der Zins als vermeintlicher Treiber des
403 Wachstums abgeschafft werden (Dies widerspricht allerdings der Empirie, in der
404 niedrige Zinsen die Wirtschaft stattdessen ankurbeln). Diese Zinskritik ist wie
405

406 die Kritik an Kapitalist*innen anschlussfähig für antisemitische
407 Erklärungsmuster. Diese lehnen wir entschieden ab. Gern wird auch an das
408 Individuum appelliert, das weniger konsumieren soll. Das wäre dann kein
409 Verzicht, sondern Befreiung vom Überfluss. Wenn genug Konsument*innen streiken,
410 dann würde die Wirtschaft aufhören zu wachsen Die Verlagerung von Verantwortung
vom System auf das Individuum lehnen wir ab.

411 Ebenso lässt sich nicht einfach so auf das Wachstum verzichten. Die Alternative
412 zum Wachstum ist nicht Stabilität, sondern Niedergang. Eine stagnierende
413 Wirtschaftsleistung oder die bloße Erwartung einer Stagnationsphase führt zu
414 einem Rückgang von Neuinvestition. Investiert wird nur wenn Gewinne zu erwarten
415 sind. Ohne Investitionen bricht jedoch die Wirtschaft zusammen. Es gibt dann
416 weniger Aufträge, sodass Firmen gezwungen sind Mitarbeiter*innen zu entlassen.
417 Mehr Arbeitslosigkeit führt zu weniger Konsumausgaben. Die Nachfrage bricht ein,
418 Firmen gehen pleite, mehr Mitarbeiter*innen werden entlassen. Es verläuft in
419 eine Abwärtsspirale.

420 Um den Wachstumszwang zu überwinden, muss das Problem an der Wurzel angepackt
421 werden und zwar an der kapitalistischen Produktionsweise. Die Triebkraft des
422 Kapitalismus ist dabei die Kapitalvermehrung. Ziel der Produktion ist es aus
423 Geld mehr Geld zu machen. Um im Konkurrenzkampf zu überleben muss der Profit
424 maximiert und endlos akkumuliert werden. Dabei ist es egal was der Inhalt und
425 die Konsequenzen der Produktion ist. In diesem Prozess ist das Wachstum angelegt
426 und auch die damit einhergehende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.
427 Diese Dynamik hat sich dabei gegenüber dem Menschen verselbstständigt und die
428 abstrakte Herrschaft des Kapitals tritt als Sachzwang auf, was systemimmanente
429 Bestrebungen erschwert. Wir stellen dabei klar, dass sich die GRÜNE JUGEND NRW
430 gegen jede Analyse stellt, die behauptet, dass mit der Überwindung des
431 Kapitalismus automatisch alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
432 beseitigt seien.

433 **Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation**

434 Aus dem Anspruch von Nachhaltigkeit und der dargelegten Analyse folgt die
435 Notwendigkeit die gegenwertige Form des Wirtschaftens zu überwinden. Die
436 bestehenden Verhältnisse sind nicht naturgegeben und sollten hin zu einer
437 befreiten Gesellschaft transformiert werden. Einer Gesellschaft jenseits von
438 Markt und Staat, bei der Güter und Ressourcen gemeinschaftlich organisiert und
439 genutzt werden. In der Kooperation im Vordergrund steht, statt Konkurrenz. In
440 denen Menschen beitragen, statt tauschen und frei tätig sind, statt Lohnarbeit
441 nachzugehen. Bei der die Produktion nicht durch den Markt vermittelt ist,
442 sondern aus einer Selbstorganisation heraus, in der darüber frei entschieden
443 wird was, wie und wo hergestellt wird. Erst dann lässt sich eine nachhaltige
444 Gesellschaft verwirklichen. Der Diskurs über die Grundlagen dieser Utopie muss
445 weitergehen. Daher beauftragt die GRÜNE JUGEND NRW den Landesvorstand im
446

447 Hinblick auf den nächsten Schwerpunkt "Arbeit 4.0" Bildungs- und Diskussionsangebote zur weiteren Debatte anzubieten.

V3-Beschluss Ein Gesamtkonzept für gesunde Ernährung braucht eine Zucker- und Süßungsmittelsteuer

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

448 Die Grüne Jugend NRW nimmt die aktuelle Debatte zur Einführung einer
449 Zuckersteuer in Deutschland zum Anreiz ihren Einsatz für eine gesündere
450 Ernährung und eine bessere Prävention vor ernährungsbedingten Krankheiten zu
451 erneuern und an die jüngeren Entwicklungen anzupassen.

452 Die Grüne Jugend NRW schließt sich der jahrelangen Forderung des Berufsverbands
453 der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) an und fordert **eine bessere**
454 **Adipositasprävention**. Der Bewegungsdrang der Kinder und Jugendlichen muss
455 gefördert werden.

456 Den Forderungen von mehr als 2.000 Ärzt*innen und deren breiten Bündnis aus 15
457 Ärzt*innenverbänden, Fachorganisationen und Krankenkassen entsprechend ist es
458 nach Meinung der Grünen Jugend NRW ebenso wichtig **Beschränkungen** und Richtlinien
459 für an Kinder gerichtete **Lebensmittelwerbung** und deren gezielten und zum Teil
460 unterschweligen Botschaften zu setzen.

461 Ergänzt werden soll dies mit verbindlichen **Mindeststandards** für die öffentliche
462 Beschaffung von gesunder, zuckerarmer **Schul- und Kitaverpflegung**. Zahlen, wie in
463 den USA, dass bei bestimmten Sendungen oder Serien 60 Prozent der Werbung für
464 ernährungstechnisch bedenkliche Lebensmittel genutzt werden, müssen in
465 Deutschland im Fernsehen wie im Internet verhindert werden. Ein positives Image
466 soll bei jungen Leuten nur dann kreierte werden dürfen, wenn es das Produkt aus
467 gesundheitlicher Sicht auch verdient. Alternativ könnte dies durch eine
468 zusätzliche Steuerregulierung erschwert werden.

469 Auf Seiten der **Ernährungspsychologie** setzt sich die Grüne Jugend NRW dafür ein
470 mehr zu lehren, zu erklären, unbewusste Prozesse bewusst zu machen und zu
471 verdeutlichen, wie emotionales Essen funktioniert und die Psychologie hinter
472 unserem Essverhalten tiefgreifender zu beleuchten. Dazu gehört auch, dass Eltern
473 durch gemeinsame Mahlzeiten und ihr Einkaufsverhalten das Gesundheits- und
474 Ernährungsbewusstsein ihrer Kinder wesentlich prägen. Daher fordert die Grüne
475 Jugend NRW nicht nur eine **gezieltere Aufklärung und Weiterbildung** für Kinder und

476 Jugendliche in der Schule, sondern auch Informationsangebote und -kampagnen für
477 Eltern. Die Grüne Jugend NRW schließt sich in diesem Kontext der Forderung aus
478 der KiGGS-Studie des Robert-Koch-Instituts an, welche die Bekämpfung sozial
479 ungleich verteilter Gesundheitschancen in den Vordergrund stellt.

480 Die Grüne Jugend NRW kritisiert des Weiteren die **zu wenig wahrgenommene**
481 **Hersteller*innenverantwortung** der Wirtschaft und vertraut nicht weiter auf deren
482 Eigeninitiative. Damit stellt sie sich gegen den marktliberalen Gedanken,
483 welcher das Prinzip der Konsument*innensouveränität zwar zu Recht in den
484 Vordergrund stellt, aber gleichzeitig die Unternehmen missinterpretierend aus
485 der Pflicht nimmt. Dabei geht es nicht darum den Konsument*innen vorzuschreiben,
486 was sie zu essen haben, sondern sie vor versteckten Fallen und
487 unverantwortlichem Verkaufsinteresse der Großkonzerne zu schützen.

488 Im jüngsten Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene steht, dass
489 eine „**Nationale Reduktionsstrategie für Zucker, Fett und Salz in**
490 **Fertigprodukten**“ gemeinsam mit den Beteiligten konzeptualisiert werden soll und
491 dieses „mit wissenschaftlich fundierten, verbindlichen Zielmarken und einem
492 konkreten Zeitplan versehen“ werden soll. Allerdings spricht
493 Verbraucher*innenministerin Julia Klöckner, welche dazu vor allem
494 Vertreter*innen der Lebensmittelhersteller*innen der Zucker- und Fettbranchen
495 eingeladen hat, von einem Dialog mit den Akteur*innen. Das Ergebnis von Ende
496 April 2018 fiel dann auch weitaus enttäuschender aus als zunächst anzunehmen
497 war. Die CDU-Ministerin setzte sich allein für eine Verstärkung der
498 Ernährungsbildung, einer Sensibilisierung der Bürger*innen und Verbraucher*innen
499 und einer nachvollziehbaren Kennzeichnungen ein, ohne dabei konkreter zu werden.
500 Hauptaussage ihrer politischen Botschaft war, dass sie sich „gegen die
501 Diskriminierung einzelner Zutaten“ stelle. Diese **rückwärtsgewandte und**
502 **Verbraucher*innenschädigende Haltung verurteilt die Grüne Jugend NRW scharf.**
503 Supermarktketten machen bis zu 10 Prozent ihres Umsatzes mit Süßwaren. Sie
504 dürfen nicht mit dem selbstformulierten Versprechen davonkommen Pilotprodukte
505 sukzessive ins Sortiment aufzunehmen oder ihr Eigenmarkensortiment bis 2020 auf
506 den Zuckergehalt überprüfen zu wollen. **Ausreden** wie jene des Spitzenverbands der
507 Lebensmittelwirtschaft, dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde,
508 dass Zuckerarten, Fette und Salze nicht nur Geschmacksträger sind, sondern auch
509 eine Reihe von technologischen Eigenschaften, wie der Haltbarkeit und der
510 Beschaffenheit von Lebensmitteln mit sich bringen und bestehende Rezepturen so
511 überarbeiten werden müssten, dass sie noch schmecken, **nimmt die Grüne Jugend NRW**
512 **nicht mehr hin.** Sie verweist darauf, dass Zucker eher reichlich hinzugefügt
513 wird, um deren Fülle zu nutzen und hochwertigere und weniger kostengünstige
514 Zutaten zu vermeiden.

515 Gleichzeitig sieht die Grüne Jugend NRW die Gefahr, dass für viele
516 Verbraucher*innen, trotz bestehender Nährwerttabelle, schwer zu erkennen ist wie
517 viel Zucker tatsächlich in einem Produkt steckt, weil dort nur herkömmlicher
518 Haushalts-Zucker deklariert werden muss und andere Süßungsmittel nicht. Meist

519 werden Konzentrate oder Fruchtsaftkonzentrate eingesetzt, die zu einem hohen
520 Zuckergehalt führen können, aber nicht als üblicher Zuckerzusatz gelten. Diese
521 werden zwar in der Zutatenliste angegeben, meist versteckten sie sich jedoch
522 hinter anderen Namen und chemischen Begriffen, welche sich **insgesamt in über 70**
523 **verschiedene Namen und Stoffe aufteilen. Beispiele sind** Dextrose, Polydextrose,
524 Maltodextrin, Maltit Cyclamat, Glukose-Sirup, Traubensüße, Gerstenmalzextrakt,
525 Invertzuckersirup oder Süßungsmittel wie Xylit, Acesulfam oder Aspartam. Gerade
526 Süßungsmittel und kalorienfreie Süßstoffe wie Acesulfam und Aspartam machen
527 allerdings nicht zwingend schlank und können sogar Studien zufolge schädlich
528 sein, weil sie den Stoffwechsel und die Auskleidung der Blutgefäße ungünstig
529 verändern können. Dabei ist anzumerken, dass insbesondere bei Sucralose, Stevia
530 und Saccharin noch keine fundierten Kenntnisse existieren und es dringend
531 **wissenschaftlicher Felduntersuchungen** dazu bedarf. Die Deutsche Gesellschaft für
532 Ernährung (DGE) rät daher auch „statt Zucker durch Süßstoffe zu ersetzen
533 grundsätzlich auf ‚weniger süß‘ umzustellen“.

534 Die Grüne Jugend NRW fordert daher **die Erweiterung der Nährwerttabelle mit einer**
535 **differenzierten Ampelkennzeichnung** für Zucker, Fett und Salz, wie sie von
536 Verbraucherschützer*innen seit Jahren gefordert wird und damit eine
537 obligatorische Produktkennzeichnung mit einer verständlichen und vergleichbaren
538 Lebensmittelkennzeichnung. Dabei soll das dreigliedrige Ampelfarben-Schema von
539 „grün, gelb und rot“ mit dunkelgrün und orange erweitert werden, um deutlichere
540 Abstufungen vornehmen zu können und Zuckerbomben mit einem Blick eindeutig
541 identifizieren zu können.

542 Der visuelle Anreiz für Verbraucher*innen soll nach Meinung der Grünen Jugend
543 NRW dabei mit einem **finanziellen Anreiz für die Hersteller*innen** kombiniert
544 werden. Dem Wunsch der Mehrheit von 53 Prozent der Menschen in Deutschland
545 folgend, wie eine Umfrage von YouGov im Auftrag von foodwatch im Mai 2018 ergab,
546 setzt sich die Grüne Jugend NRW für eine Steuer auf überzuckerte Getränke ein.
547 Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfahl zum Welt-Adipositas-Tag bereits eine
548 solche Steuer von mindestens 20 Prozent. Vorstellbar wäre also etwa eine Steuer
549 von 20 Cent pro Liter für alle Getränke die mehr als fünf Gramm Zucker je 100
550 Milliliter enthalten.

551 Als Vorbild sieht die Grüne Jugend NRW Länder wie Berkeley (USA), Dänemark,
552 Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Mexiko und Ungarn wo bereits
553 Sondersteuern oder -abgaben auf Süßgetränke und Soft-Drinks oder bestimmte
554 Lebensmittelgruppen wie Schokolade, Zuckerwaren und Speiseeis oder besonders
555 kalorienreiche Produkte, wie z.B. sogenannte Junkfood-Produkte, existieren.
556 Diese Hersteller*innenabgaben können dann zweckgebunden in Präventionsprojekte
557 oder im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung eingesetzt werden. Dazu
558 gehört vor allem, dass die **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**,
559 wie es bereits im Präventionsgesetz vorgesehen ist, mit **mehr Mitteln**
560 ausgestattet wird.

561 Eine generell **gerechtere oder andere Besteuerung von Lebensmitteln**, welche
562 beispielsweise die Besteuerung von Mineralwasser mit 19 Prozent und eines
563 Schokoriegels mit sieben Prozent Mehrwertsteuer anpasst oder ausgleicht, ist
564 ebenso ein Ziel der Grünen Jugend NRW.

565 Die Tatsache, dass über fünf Millionen Menschen in der Lebensmittel- und
566 Zuckerbranche arbeiten, erfordert ein **Gesamtkonzept**, welches alle in die
567 Verantwortung nimmt, die bisherigen vereinzelt Maßnahmen wie in der
568 Adipositas-Prävention oder der Sportförderung zusammenführt, und allen gerecht
569 wird. Die Grüne Jugend NRW fordert in diesem Zuge auch eine höhere Bereitschaft
570 der Krankenkassen bei der **Kostenübernahme für chirurgische Eingriffe bei**
571 **Adipositas-Patient*innen**. Magenverkleinerungen sind für die breite Bevölkerung
572 viel zu teuer und viele Medikamente gegen Adipositas benötigen ein immenses Maß
573 an weitergehender Forschung.

574 Langfristig muss es darum gehen, dass Konsument*innen weniger Süßes nachfragen,
575 wie es das ife, Institut für Ernährungswirtschaft, empfiehlt. Wobei
576 Zuckerreduktion dazu führen kann, dass mehr gegessen wird und damit mehr
577 Kalorien als vorher aufgenommen wird. Es muss deutlich sein, dass
578 zuckerreduziert nicht unbedingt kalorienreduziert bedeutet. Für ein gelingendes
579 Gesamtkonzept gilt es daher auch gesundheitsrelevante Verhaltensweisen abhängig
580 von strukturellen Bedingungen und Umweltfaktoren zu begreifen und Ansätze zu
581 finden, welche auch die Beschaffenheit der Wohnumgebung, der
582 Einzelhandelskonstellation vor Ort, Grünflächen, Spielplätze, Sportangebote, und
583 Verkehr sowie Sicherheit in Betracht ziehen. Existierende Zucker-Alternativen
584 müssen unterstützt, ausgebaut und gefördert werden und die Tatsache, dass
585 Fertigprodukte im Vergleich zu Rohwaren oft teurer sind, genutzt werden, um
586 **frische Lebensmittel und eigenes Kochen** zu bewerben. Gleichzeitig müssen gesunde
587 und **nachhaltig produzierte Lebensmittel weiter gefördert** werden und auch
588 finanziell für jeden Mitmenschen in einem ausreichenden Maße erschwinglich sein.

589 Bei der Betrachtung der bisherigen Folgen in den anderen Ländern fällt auf, dass
590 einige Hersteller*innen den Zuckergehalt, beispielsweise bei Softdrinks, auf
591 knapp unter den Grenzwert gesenkt und den Rest durch diverse Süßstoffe ersetzt
592 haben. Laut einer Studie des britischen Gesundheitsministeriums ist der
593 Zuckeranteil in Softdrinks zwar um zwölf Prozent zurückgegangen, aber in einem
594 vergleichbaren Verhältnis der Anteil an Ersatzstoffen gestiegen. Ebenfalls ist
595 festzuhalten, dass die Absatzzahlen von Süßgetränken und -essen nach Einführung
596 der Steuern beispielsweise in Berkeley, Mexiko und Ungarn bereits gesunken sind.
597 In Berkeley oder auch Mexiko nahm parallel der Konsum von Wasser zu. Die Grüne
598 Jugend NRW fordert in diesem Zusammenhang neben der Einführung einer Steuer auf
599 Zucker auch eine **vergleichbare Steuer auf alle Süßungsmittel**, um substituierende
600 Effekte zu vermeiden.

601 Ebenso soll ein **staatliches Monitoring** der Auswirkungen auf die Rezepturen der

602 Lebensmittelproduzent*innen und die Absatzzahlen durchgeführt werden, um die
603 tatsächlichen Auswirkungen eines neuen Steuersystems evaluieren, begleiten und
604 mittelfristig Anpassungen vornehmen zu können.

Begründung

Begründung:

Zuckerhaltige Speisen und Getränke befördern nachweislich Übergewicht, Typ-2-Diabetes und Zahnkrankheiten wie Karies und andere chronischen Krankheiten. Nach verschiedenen Angaben machen sie schlaff, antriebslos, müde, depressiv und werden mit einem erhöhten Risiko für Herz- und Herz-Kreislauferkrankungen, Hypertonie, Rücken- und Gelenkproblemen, Gicht, Stoffwechselkrankheiten, Diabetes oder einer Fettleber in Verbindung gebracht. Ebenso wird als eine der Folgen der Auswirkungen auch soziale Isolierung immer wieder angeführt. Für die Ernährung sind sie bedenklich, weil sie quasi nur Kalorien und keine Nährstoffe enthalten. Sie sättigen also nicht und können den ganzen Tag verzehrt werden. Dabei lässt sich die Problematik eines übermäßigen Konsums nur schwer vermeiden weil Zucker in fast allen verarbeiteten Lebensmitteln steckt. Die Debatte um eine klarere Kennzeichnung existiert bereits einige Jahrzehnte doch führte sie noch zu keinen gesetzgeberischen Ergebnissen und die Selbstverpflichtung von Herstellern und Supermarktketten sorgte nur begrenzt für eine Reduktion der Verwendung in den Lebensmittelprodukten.

Übermäßiger Zuckerkonsum führt schon bei 14-Jährigen dazu, dass bleibende Zähne gezogen werden müssen und dauerhafte Zahnimplantate benötigt werden. Ein weiteres Beispiel sind die derzeit 6,7 Millionen Menschen in Deutschland mit Diabetes, der sogenannten Zuckerkrankheit. Deren aktuelle Menge entspricht einer Steigerung um etwa 38 Prozent seit Beginn des Jahrtausends. Dazu erklärte die Deutsche Diabeteshilfe in ihrem Jahresbericht 2017, dass pro Jahr etwa 40.000 Beine, Füße oder Zehen amputiert werden, etwa 2000 Menschen wegen Diabetes erblinden oder ein schweres Nierenleiden besitzen, welches nur mit einer Dialyse, also mit einer künstlichen Blutwäsche, gelindert werden kann.

Bereits 2010 befasste sich das Europäische Parlament mit einem verbraucherfreundlichen und verbindlichen Ampel-Kennzeichnungssystem für Lebensmittel, um Zutaten und deren Anteil erkennen zu können und 2014 brachte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages einen ersten Bericht heraus, der sich mit dem Thema Lebensmittelsteuer beschäftigte. Beide Initiativen konnten sich bisher jedoch nicht gegen die Interessen der Wirtschaft durchsetzen und führten nicht zu neuen gesetzlichen Vorgaben.

Dabei sind die Zahlen zunehmend besorgniserregend. Nach aktuellen Zahlen konsumieren wir 34-35kg Zucker pro Jahr bei einer ungefähren Tagesdosis von 100 Gramm. 1985 waren es noch 17kg und 2008 schon etwa 25kg. Der heutige Konsum entspricht einer Jahresmenge von circa 11.536 Zuckerkwürfeln, welche gestapelt 126 Meter ergeben und damit einen Zuckerturm bilden, welcher fast so hoch ist wie der Kölner Dom. Daneben rät die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zu einem Tageskonsum von maximal 50 Gramm Zucker pro Tag und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt sogar gerade mal die Hälfte. Allerdings ist die Grenze der WHO mit einem Glas Coca-Cola (250ml) mit ihren 26 Gramm Zucker, welche etwa neun Stück Würfelzucker entsprechen, schon überschritten. Zuckerhaltige Getränke machen beim gleichen Konzern 64,8 Prozent des Absatzvolumens aus. Mit 3585 Millionen Litern pro Jahr, verkauft der Marktführer fast das

Dreifache des Branchenzweiten "Mitteldeutsche Erfrischungsgetränke" (1350 Liter).

Dies führt, neben andersgelagerter Fehlernährung und zu geringer sportlicher Betätigung, dazu, dass fast jedes sechste Kind in Deutschland, etwa 15 Prozent, übergewichtig ist. Während die Zahl der übergewichtigen Kinder seit den 1990er-Jahren um 50 Prozent zugenommen hat, hat sich die Zahl der krankhaft fettleibigen Kinder sogar verdoppelt. Im letzten Jahrzehnt sind diese Zahlen nicht weiter angestiegen, haben sich jedoch auf dem hohen Niveau stabilisiert. Nach Angaben der Aktion "Ärzte gegen Fehlernährung" sind bei den Erwachsenen in Deutschland heute rund zwei Drittel aller Männer (67 Prozent) und mehr als die Hälfte der Frauen (53 Prozent) übergewichtig sowie 23 Prozent der Männer und 24 Prozent der Frauen adipös. Das führt dazu, dass nach Zahlen des Robert Koch-Instituts das Problem Übergewicht, Fachbegriff Adipositas, jährlich Kosten von rund 63 Milliarden Euro erzeugt. Damit können Adipositas nicht mehr als individuelles Problem beschrieben werden und müssen als ein gesellschaftliches Kernanliegen verstanden werden, deren negativen Auswirkungen bekämpft werden müssen. Einer "adipogenen Umwelt", wie sie DAG-Präsident Professor Martin Wabitsch beschreibt, muss sich entschieden entgegen gestellt werden.

V4-Beschluss Verfahren zur Weitergabe von Mitgliedsdaten an Basisgruppen (DSGVO), Wahlprotokolle an Geschäftsstelle

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 15.07.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Verschiedene Anträge

605 Die LMV der GRÜNE JUGEND NRW beschließt:

- 606 • Basisgruppen werden aufgefordert nach jeder Mitgliederversammlung, auf der
607 eine Vorstandsneu- oder Vorstandsnachwahl stattfand, die entsprechenden
608 Wahlprotokolle an die Geschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND NRW zu schicken.
609 Teil des Wahlprotokolls sind auch die Kontaktdaten der jeweiligen
610 Vorstände.

- 611 • Der Landesvorstand wird verpflichtet den den Basisgruppen Vorlagen für
612 Wahlprotokolle zur Verfügung stellen.

- 613 • Basisgruppen, die ein Jahr lang kein aktuelles Wahlprotokoll eingeschendet
614 haben, können zukünftig keine aktuellen Mitgliederdaten anfragen.

- 615 • Die Geschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND NRW wird Mitgliederdaten nur unter
616 Berücksichtigung der gesetzlichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen
617 verschicken.

- 618 • Die GRÜNE JUGEND NRW stellt jeder anerkannten Basisgruppe einen
619 Mitgliederverteiler als Mailingliste zur Verfügung, der von der
620 Basisgruppe moderiert und von der Geschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND NRW
621 maximal einmal im Quartal aktualisiert wird. Ein solcher Verteiler muss
622 angefragt werden. Zu gründende Basisgruppen wird eine entsprechende
623 Mailingliste eingerichtet, um zu Gründungssitzungen laden zu könne, die
624 Moderation verbleibt bis zur Anerkennung der Basisgruppe bei der
625 Landesgeschäftsstelle.

Begründung

Mit der Datenschutzgrundverordnung wurden wichtige Rechte im Bezug auf personengebundene Daten gestärkt. Besonders im digitalen Zeitalter ist Datenschutz wichtiger denn je. Auch innerhalb der GRÜNEN

JUGEND müssen wir uns regelmäßig die Frage stellen, ob wir personenbezogene Daten richtig schützen.

Da Basisgruppen keinen Zugang zur Mitglieder-Datenbank der GRÜNEN JUGEND besitzen, fragen viele Basisgruppen regelmäßig aktuelle Mitgliederdaten in der Landesgeschäftsstelle an. Diese Mitgliederdaten brauchen sie beispielsweise für Mitgliederversammlungen vor Ort. Diese Praxis ist notwendig, da Basisgruppen auf absehbarer Zeit auf Grund von personaltechnischen und finanziellen Ressourcen, sowie wegen dem Datenschutz selbst keinen Zugang zur Mitglieder-Datenbank erhalten werden.

Die Berechtigung Mitgliederdaten anzufragen haben nur Basisgruppen-Vorstände. Damit die Geschäftsstelle weiß, wer Mitgliederdaten empfangen darf und wer nicht, ist also ein Prozess darüber notwendig, wie Basisgruppen-Vorstände erfasst und aktualisiert werden.

Die Einsendung von Wahlprotokollen hätte neben den datenschutzrechtlichen Gründen auch viele weitere Vorteile. So kann eine Datei von Basisgruppen und den jeweilig aktuellen Ansprechpartner*innen angelegt werden. Die Liste von Ansprechpartner*innen kann dann von der Geschäftsstelle, Landesvorstand und Bundesvorstand dazu genutzt werden, Basisgruppen für nützliche und hilfreiche Informationen zu kontaktieren.

Diese vorgeschlagene Arbeitweise ist gerade für die Geschäftsstelle der GRÜNEN JUGEND NRW enorm arbeitsaufwendig. Um den Arbeitsaufwand im Rahmen des Möglichen zu halten, schlagen wir nur eine quartalsweise Aktualisierung seitens der Geschäftsstelle der Mailingslisten vor.